

# Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg



## In dieser Ausgabe:

Bundesfreiwilligendienst  
E 10 - verheerende Ökobilanz  
Frühjahrgipfel der EU  
Tag des Waldes  
Energiekartell abschaffen

# Libyen

## droht Eskalation

# Inhalt

<b>In Libyen droht Eskalation des Krieges .....</b>	<b>Seite 03</b>
von Dr. Dagmar Enkelmann	
<b>Bestehende Jugendfreiwilligendienste stärken, statt Bundesfreiwilligendienst einführen .....</b>	<b>Seite 04</b>
von Diana Golze	
<b>E 10 und nun? Gut gemeint reicht nicht.....</b>	<b>Seite 06</b>
von Sabine Stüber	
<b>Geschäfte unter guten Freunden.....</b>	<b>Seite 07</b>
von Thomas Nord	
<b>Tag des Waldes Bundesregierung auf dem Holzweg.....</b>	<b>Seite 08</b>
von Kirsten Tackmann	
<b>Macht des Energiekartells brechen.....</b>	<b>Seite 10</b>
von Wolfgang Nešković	
<b>Pressemitteilungen.....</b>	<b>Seite 11</b>
<b>Anträge, Anfragen &amp; Initiativen .....</b>	<b>Seite 17</b>
<b>Reden .....</b>	<b>Seite 22</b>
<b>Kontakt .....</b>	<b>Seite 23</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>Seite 24</b>

## In Libyen droht Eskalation des Krieges

von Dr. Dagmar Enkelmann

Die libysche Luftwaffe soll zerstört sein, die französische Regierung rechnet aber noch mit Tagen und Wochen, bis die militärischen Kräfte Gaddafis geschlagen sind. Was als Flugverbotszone begann, eskaliert in eine blutige kriegerische Auseinandersetzung. Diese kostet mehr und mehr unschuldigen Zivilisten sowie Soldatinnen und Soldaten das Leben, von den vernichteten Werten an Gebäuden und bei der Infrastruktur ganz abgesehen.

Libyen braucht einen sofortigen Waffenstillstand, bevor das Land im Kriegschaos versinkt. Der Versuch, unter dem Deckmantel der UN-Resolution in Libyen mit militärischen Mitteln einen Wandel zu erreichen, birgt unabsehbare Risiken. Demokratie kann man nicht herbeibomben - das hat schon der Krieg in Afghanistan gezeigt.

Die Menschenrechtsverletzungen und der diktatorische Charakter des Gaddafi-Regimes waren seit langem bekannt. Dennoch zögerten viele Regierungen, darunter auch die deutsche, keine Sekunde, mit Libyen Milliarden-Geschäfte zu machen, nicht nur mit Öl oder Gas, sondern auch mit Waffen. Erst mehrere Tage nach Beginn des Kriegseinsatzes fasste die EU ein Gas- und Ölembargo gegen Gaddafi ins Auge, um diesen von finanziellen Einnahmequellen abzuschneiden. Bis heute soll der Gaddafi-Clan über ein kompliziertes Firmengeflecht indirekt auch die Tamoil GmbH kontrollieren, die deutschlandweit an Tankstellen Benzin unter den Marken Tamoil und HEM verkauft.

Wirksame Sanktionen hätte man konsequent und lange vorher beschließen und so die Herrschaft Gaddafis und seine Möglichkeiten, gegen die demokratischen Kräfte vorzugehen, schwächen können. Darauf aber verzichtete man und zog sogleich die militärische Option. Für so eine Kriegspolitik wird DIE LINKE nicht den kleinsten Finger reichen.

Bei den anderen Parteien gibt es zum Kriegseinsatz in Libyen sonderbare politische Konstellationen. Mit ihrer Kritik an der Enthaltung der Bundesregierung im UN-Sicherheitsrat zeigen SPD und Grüne, dass sie noch immer in der Falle des Jugoslawien-Krieges gefangen sind und daraus keine Lehren gezogen haben.

Die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat eröffnet der Bundesrepublik die Möglichkeit, eine Vermittlerrolle im Konflikt einzunehmen. DIE LINKE hat die Enthaltung begrüßt, auch wenn die Regierung damit vor allem die auf der Kippe stehenden Landtagswahlen im Blick hatte. Konsequente Friedenspolitik ist von ihr nicht zu erwarten. Das zeigt auch die indirekte Kriegsbeteiligung Deutschlands, z.B. in Form der gewährten Überflugrechte für US-Militärmaschinen. Wie diese Hilfe konkret aussieht, darüber gibt die Bundesregierung nur äußerst ungenau Auskunft, wie Antworten auf eine Dringliche Frage von mir offenlegten.

DIE LINKE lehnt selbstverständlich auch die „Kompensation“ durch den Einsatz von mehr Bundeswehr-Soldaten in AWACS-Flugzeugen in Afghanistan ab. Die Bundeswehr-Kräfte dort noch aufzustocken, widerspricht sogar den eigenen Abzugsverkündigungen der Bundesregierung. DIE LINKE meint - wie die Mehrheit der Bevölkerung -, dass die Bundeswehr in Afghanistan nichts zu suchen hat.

DIE LINKE fordert einen sofortigen Waffenstillstand in Libyen. Alle Pläne für einen Bodenkrieg sind aufzugeben. Auch gilt es, die Nutzung von US-Militärbasen für kriegerische Zwecke in Deutschland zu stoppen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass das US-Kommando für Afrika (AFRICOM) die US-Angriffe auf Libyen von Stuttgart aus koordiniert.

# Bestehende Jugendfreiwilligendienste stärken, statt Bundesfreiwilligendienst einführen

von Diana Golze



Jugendfreiwilligendienste als Bildungs- und Lernorte zwischen Schule und Beruf haben eine wichtige individuelle und gesellschaftliche Funktion. Sie unterstützen bei der Suche nach persönlicher, gesellschaftlicher und beruflicher Orientierung. Sie verschaffen vielfältige Kompetenzen. Sie sensibilisieren für Probleme und ermutigen zur Partizipation an der Gesellschaft.

Jugendfreiwilligendienste sind Lernorte für Demokratie und Solidarität. Dies muss gestärkt werden! Der nun beschlossene Bundesfreiwilligendienst aber konterkariert dies durch seine Bevorteilung gegenüber den bestehenden Angeboten. In der Anhörung bemängelten mehrere Sachverständige gerade diese neu entstehenden Doppelstrukturen. Eine mittelfristig einheitliche Struktur durch Zusammenführung der Dienste wird daher unbedingt nötig. Davon aber ist in den Planungen für das Vorzeigeprojekt des Familienministeriums nichts zu lesen!

Angesichts des Gesetzes für einen Bundesfreiwilligendienst scheint es der Ministerin doch nicht entgangen zu sein, dass das „J“ im Namen ihres Ressorts für „Jugend“ steht. Traurig ist, dass die Schaffung der Bundesfreiwilligendienste als Aushängeschild für einen ganzen Politikbereich ausreichen soll. Denn die Realität sieht anders aus. Auf die zentralen Fragen von jungen Menschen findet sie, wie schon ihre Vorgängerin, keine Antworten - weder auf die zu hohe Jugendarbeitslosigkeit, noch auf die Tatsache, dass zu viele junge Menschen ohne Ausbildungsplatz dastehen. Für diese Probleme ist auch der Bundesfreiwilligendienst keine Lösung. Er kann und wird keine gesicherten Zukunftschancen schaffen. Denn die Bundesregierung schwächt mit ihrer Haushaltspolitik die Jugendverbände, die als Träger von Freiwilligendiensten bereits in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet haben. Hier könnte und vor allem müsste konkrete Jugendpolitik betrieben werden.

DIE LINKE fordert in ihrem Antrag eindeutige Mindeststandards für die Durchführung von Jugendfreiwilligendiensten, eine angemessene Aufwandsentschädigung und dass die Jugendfreiwilligendienste ausschließlich und dauerhaft arbeitsmarktneutral sind. Weiterhin müssen Mitbestimmungsstrukturen für die Jugendlichen nach dem Betriebsverfassungsgesetz aber auch bei den Zielen und Inhalten Jugendfreiwilligendienste geschaffen werden.

# E10 und nun?



Foto: Claudio Lione / pixelio.de

## Gut gemeint reicht nicht

von Sabine Stüber

Es ist beschlossen, und seit Januar diesen Jahres sollte er an den Tankstellen schon verkauft werden, der „Super E 10“. Trotz allgemeiner Skepsis war es vor einigen Wochen dann soweit. An den Tankstellen erwartet nun den Autofahrer „Super E 10“. Irritiert stehen viele von uns vor der Zapfsäule und wollen ihn einfach nicht haben. Die Befürchtung ist, dass der neue Kraftstoff die Autos beschädigen könnte. Aber, oh Schreck, „Super 95“ ist kaum noch an Brandenburger Tankstellen zu haben. Verunsichert weichen wir auf den superteuren „Super Plus“ aus. Und die Preise steigen und steigen. Zum Ärger über die kletternde Preise kommen Fragen, die keiner schlüssig beantwortet: Welche Fahrzeuge vertragen den neuen Biosprit mit 10% Ethanol-Anteil? Und erhöht sich der Verschleiß des Motors wirklich?

Um wie viel steigt der Benzinverbrauch meines Autos mit E10? Und frisst der höhere Verbrauch nicht den Umwelteffekt wieder auf? Von den zunehmenden Monokulturen der Energiepflanzen auf den Feldern will ich jetzt gar nicht sprechen.

Der ADAC macht auf mögliche aggressive Reaktionen von E10 aufmerksam, die im ungünstigsten Fall auch zu Motorschäden führen oder Dichtungen und Kunststoffschläuche angreifen könnten. Die Konjunktivreihe ließe sich fortführen. Und so bleibt trotz Herstellerliste im Internet Unsicherheit. Wer kommt für einen eventuellen Schaden auf? Wir wissen ja wie das läuft in der deutschen Versicherungslandschaft.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die Verfehlung des ökologischen Ziels, dass mit der Erhöhung des Ethanol-Anteils im Benzin erreicht werden sollte. Es ging um Klimaschutz. Aber die Ökobilanz schreibt rote Zahlen, wenn wir die Gegenrechnung machen. Die Rohstoffe zur Herstellung des zugesetzten Ethanols wurden in Deutschland im vergangenen Jahr durch intensiven Ackerbau auf 240.000 Hektar gewonnen. Die industrielle Monokultur für Agrokraftstoffe, führt zu einer Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Hinzu kommen negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Böden, die Gewässer und damit den Natur- und Artenschutz. Bei einer Gesamtrechnung stellen wir fest, dass sich die Belastung für Mensch und Natur rundum erhöht.

Die Dinge müssen zu Ende gedacht werden, könnte man jetzt meinen. Sie sind es! Der Sachverständigenrat für Umweltfragen fordert seit langem, dass angesichts der Konkurrenz um Böden und zum Schutz der biologischen Vielfalt, der Biomasseanbau nur dort erfolgen sollte, wo die Erzeugung von CO<sub>2</sub> als unerwünschtes Nebenprodukt pro Hektar am geringsten ist. Dabei schneidet die Erzeugung von Agrosprit deutlich schlechter gegenüber anderer Formen der Bioenergetik ab.

Gut gemeint reicht eben nicht. Politische Konzepte müssen endlich über Wahlperioden hinaus angelegt werden.

## Geschäfte unter guten Freunden

von Thomas Nord



Foto: Alexander Klaus / pixelio.de

Der Frühjahrsgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs findet global in ausgesprochen unruhigen Zeiten statt. Dabei wäre die Behandlung der Eurokrise alleine schon mehr als genug für das zweitägige Treffen. Griechenland wurde in dieser Woche von der privaten Ratingagentur Moody's um drei Stufen herabgesetzt und ist nun schlechter bewertet als Ägypten, das mitten im politischen Umbruch steckt. Zur Begründung verwies die Agentur unter anderem auf den gesellschaftlichen Widerstand gegen die Sparprogramme. Die Renditen zehnjähriger griechischer Staatsanleihen lagen am Dienstag mit 12,6 Prozent so hoch wie kurz vor Verabschiedung des „Rettungspakets“.

Irland hat im Dezember 2010 Kredite von EU und Internationalem Währungsfonds in Höhe von 85 Milliarden Euro bewilligt bekommen, um die durch die Regierung garantierten Bankschulden bezahlen zu können. Weil die alte Regierung lieber die Nation als die Banken pleitegehen ließ, kam es zu Neuwahlen. Der neue Regierungschef wollte das „Rettungspaket“ neu verhandeln, aber weigert sich, die Körperschaftsteuer von 12,5 % an europäische Standards anzupassen. Auf der Grünen Insel sitzt neues Personal in der Regierung, aber es geht weiter wie gehabt. Die Rendite 10-jähriger irischer Staatsanleihen stieg auf über 10 %. 75.000 Menschen können ihre Hypotheken nicht mehr bedienen, jede Woche wandern tausend Iren aus, jede Woche nehmen sich zehn Iren das Leben. Möglicher Weise wird Moody's Irland nächste Woche herabstufen und die Zinsen für Irland weiter steigen.

Portugal ist das zweite Land, in dem eine Regierung wegen der Euro-Krise zerbrochen ist,

die Euro-Krise weitet sich zu einer handfesten Krise der EU aus. Die mit Kommission und EZB im Vorfeld abgestimmten Sparpläne fanden diesen Mittwoch im Parlament keine Mehrheit. Mit dem Konsolidierungskurs wollte das hoch verschuldete Land Vertrauen der Investoren zurückgewinnen, um Kreditzinsen zu senken. Die Spekulanten ihrerseits wollen das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit Portugals aber gar nicht wiederherstellen, sie spekulieren lieber auf einen Kollaps, weil es ihnen mehr bringt. Lissabon muss für zehnjährige Anleihen einen Zinssatz von über 8 Prozent bezahlen. Vergleichbare deutsche Schuldtitel rentieren derzeit bei 3,25 Prozent. Das heißt, ein an Portugal verliehener Euro bringt 8 Cent Rendite, ein an Deutschland verliehener Euro nur 3,25 Cent pro Jahr.

Banken können zu einem Prozent Zinsen Kredite bei der Europäischen Zentralbank (EZB) aufnehmen, das heißt, wenn sie der Bundesrepublik das Geld weiterreichen, machen sie 2,25 Cent, im Falle Portugal aber 7 Cent Gewinn pro verliehenem Euro. Anlegervertrauen in die Märkte ist mit der Erwartung von höherer Rendite pro angelegtem Euro verbunden. Das Vertrauen in die Märkte politisch zu garantieren heißt, die Zinsen hochzutreiben. Es heißt, Gewinne für Spekulanten über Steuergelder abzusichern. Portugal kann bei der EZB keine Direktkredite aufnehmen, es muss sich auf Umwegen Geld leihen, der Umweg über „den Markt“ garantiert die guten Geschäfte. DIE LINKE will eine grundlegende Überarbeitung der Europäischen Verträge, Mitgliedsstaaten der EU sollen wie jede Bank auch direkt bei der EZB Kredite zu einem Prozent Zinsen aufnehmen können. Die guten Geschäfte der Banken bedrohen den Euro, sie stabilisieren ihn nicht.

# Tag des Waldes

## Bundesregierung auf dem Holzweg

von Dr. Kirsten Tackmann

**A**m Montag war der „Tag des Waldes“. Jahrestage sollen Vergessenes wieder in Erinnerung rufen. Wir haben kurz inne gehalten, die aktuelle Situation analysiert und weitere Schritte zur Verbesserung geplant. Wir schon – die Bundesregierung anscheinend nicht.

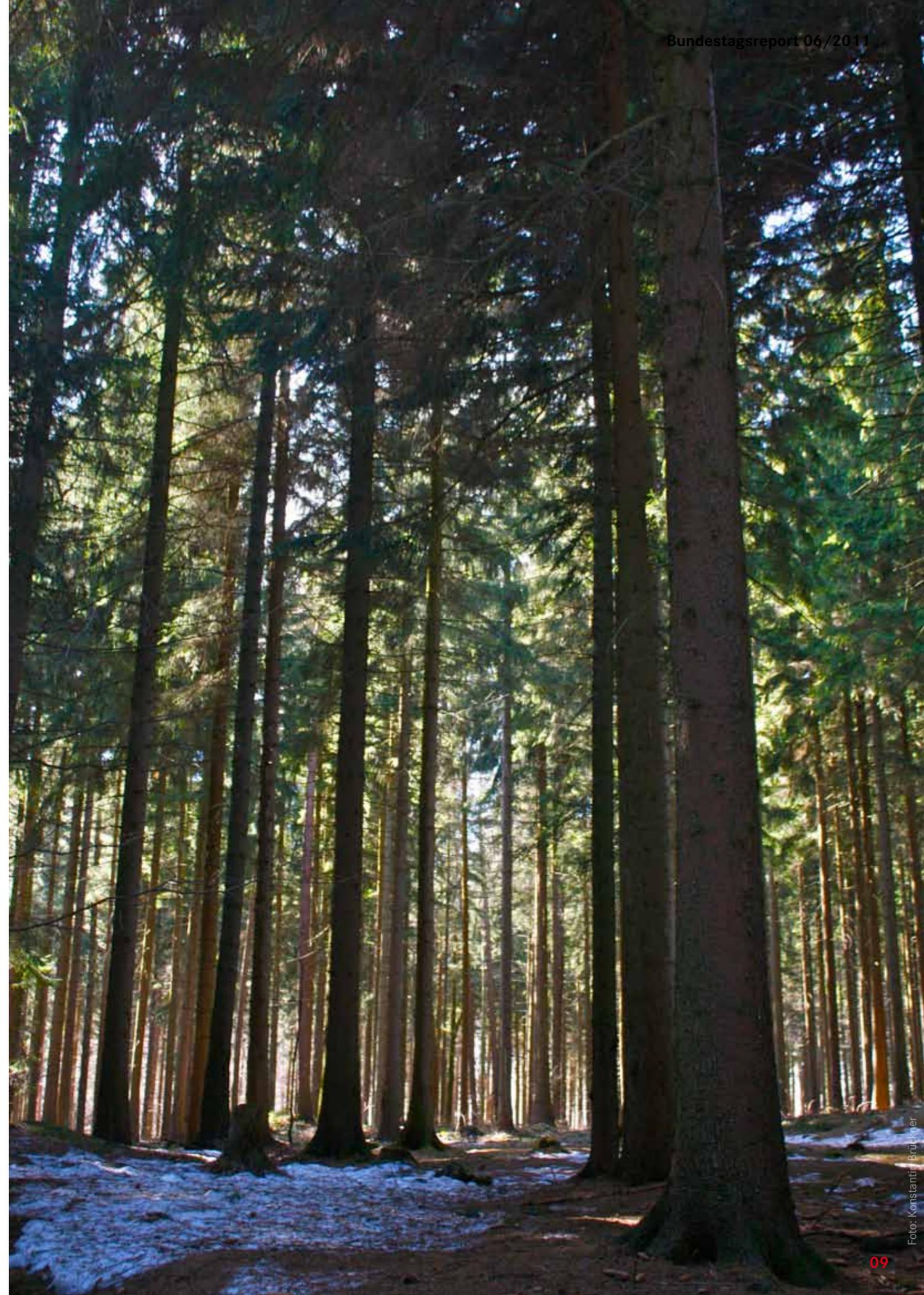
**F**ür den „Tag des Waldes“ war schon vor langer Zeit die Präsentation der „Waldstrategie 2020“ angekündigt. Sie sollte der deutsche Beitrag zum „Internationalen Jahr der Wälder“ sein, das die UN für das Jahr 2011 ausgerufen haben. Doch was ist passiert? Nichts.

**S**eit drei Jahren hat die Bundesregierung einen intensiven Dialog zur „Waldstrategie 2020“ organisiert. Drei Fachveranstaltungen wurden durchgeführt. FörsterInnen, JägerInnen, Holzwirtschaft und NaturschützerInnen waren eingebunden. Bei den wachsenden Anforderungen der Gesellschaft an unsere Wälder waren die Zielkonflikte schnell beschrieben. Die einen wollen naturnahe Waldentwicklung ohne Kettensägen. Andere möglichst viel Holzproduktion als Ersatz für Atom- und Kohlestrom oder zum Häuserbau. Wieder andere wollen das Klima schützen, sich im Wald erholen und spazieren gehen, Pilze suchen oder jagen. Das alles auch im Interesse nachfolgender Generationen unter einen Hut zu bekommen, ist eine ebenso große Herausforderung wie politisch dringlich.

**T**rotz des großen Handlungsdruckes konnte die Bundesregierung nach drei Jahren kein Ergebnis vorlegen. Zwischen Agrar- und Umweltministerium gibt es erbitterten Streit. Unter anderem über die Verbindung der Waldstrategie mit den Zielen der bereits beschlossenen drei fachlich relevanten Strategien (Biologische Vielfalt, Nachhaltigkeit, Biomasse) und mit der Charta für Holz. Staatssekretär Müller musste am Mittwoch im Agrarausschuss den Offenbarungseid leisten und zugeben, dass die Lösung der regierungsinternen Blockade völlig offen ist.

**D**IE LINKE teilt die Kritik vieler Forstleute und UmweltschützerInnen an den sozial und ökologisch unausgewogenen Entwürfen zur Waldstrategie. Wir fordern, diese Kritik zügig aufzugreifen und schnellstmöglich eine zukunftsfähige Waldstrategie 2020 vorzulegen. Diese muss ökologische, soziale und ökonomische Anforderungen an den Wald zusammenbringen. Ein guter Kompromiss kann nicht einseitig auf die Holzwirtschaft zugeschnitten sein. Am dringendsten brauchen wir fair bezahlte und gut ausgebildete Forstleute, angepasste Wilddichten und einen konsequenten Waldumbau.

**D**as Konzept der Nachhaltigkeit wurde vor 300 Jahren durch Forstleute entwickelt. Im Umgang mit den wachsenden Interessen der Gesellschaft am Wald brauchen wir einen klaren gesellschaftlichen Konsens und eine konsequent abgeleitete politische Handlungsstrategie. Dafür muss die Bundesregierung sorgen. Tut sie es nicht, bleibt sie auf dem Holzweg.



# Macht des Energiekartells brechen

von Wolfgang Nešković

Experten sind sich einig: bis 2050 ist der Umstieg auf Erneuerbare Energien möglich. Ein kompletter Atomausstieg ist noch vor 2020 problemlos machbar. Prompt melden sich die großen Energiekonzerne zu Wort. Sie werfen Horrorszenarien an die Wand: Blackouts, instabile Stromversorgung, drastische Preiserhöhungen. Das ist nichts als Angstmake. Denn die Energiewende ist möglich, ohne Versorgungssicherheit und Preisstabilität aufgeben zu müssen.

Die vier Energieriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall haben ein großes Interesse, den Umstieg zu verhindern. Denn sie verdienen prächtig, solange die Energiestruktur die alte bleibt. Seit 2002 haben die vier Konzerne über 100 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Sie versuchen folgerichtig, mit irreführenden Argumenten und Zahlen Front gegen die Energiewende zu machen. Besonders beliebt ist das Argument, der Umstieg in die Erneuerbaren Energien sei viel zu teuer.

Das verwundert. Für den Netzausbau sind in Deutschland circa 27 Milliarden Euro nötig. Die Kompensation der beim Atomausstieg wegfallenden Energieleistung benötigt bis 2020 Investitionen von ungefähr 150 Milliarden. Das sind natürlich gigantische Summen. Sie können mit etwas politischem Willen jedoch problemlos aufgebracht werden.

Auch die Braunkohle taugt entgegen Stimmen aus der Energieindustrie nicht als Ersatz für die ausfallenden Atomkraftwerke. Die Braunkohleverstromung ist dermaßen schmutzig, dass sie die Klimaschutzziele der Bundesrepublik unerreichbar machen würde. Die riskante CCS-Technologie ist so teuer, dass sie Strompreiserhöhungen unweigerlich nach sich zieht. Dazu ist sie in nächster Zeit überhaupt nicht auf breiter Front einsetzbar. Die Braunkohle ist deshalb ebenso wenig „Brückentechnologie“ wie die Atomkraft. Diese Position der Partei hat nunmehr auch die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser wieder entdeckt. Sie hat dankenswerterweise in dieser Woche im Landtag eindeutig klargestellt, dass sie und die Linke für ein mittelfristiges Ende der Braunkohleverstromung bis 2040 stehen. Das ist eine eindeutige Absage an die CCS-Technologie. Deren Berechtigung leitet sich gerade daraus ab, über 2040 hinaus die Braunkohleverstromung zu sichern.

Es ist an der Zeit, die Macht des Energiekartells zu brechen. Die exorbitanten Gewinne der Unternehmen müssen zugunsten der Erneuerbaren Energien reinvestiert werden. Die Konzerne müssen unter größtmöglichen politischen Druck gesetzt werden, um sich von der gestrigen Struktur unseres Energiemarktes zu verabschieden. Die Energiewende ist machbar. Etwas anderes sollten wir uns nicht erzählen lassen.



Foto: Konstantin Brückner

## Pressemitteilungen



### Keine Placebo-Prüfung der Atomkraftwerke

Dr. Dagmar Enkelmann 18.03.2011

testet. Eine Placebo-Prüfung kommt nicht in Frage. Nach den Ereignissen in Japan kann es nur um eine drastische Verschärfung des Sicherheitsniveaus gehen. Um die Haltung der Bundesregierung dazu zu klären, hat die DIE LINKE für die kommende Sitzungswoche eine Aktuelle Stunde beantragt“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. Enkelmann weiter: „Offenbar liegen im Bundesumweltministerium bereits Papiere

vor, die belegen, dass ein ausreichender Schutz der AKW vor Erdbeben, Hochwasser, Stromausfällen und Flugzeugabstürze de facto nicht möglich ist. DIE LINKE will wissen, ob die Bundesregierung diese Position zur Grundlage ihrer dreimonatigen Sicherheitsüberprüfung macht und auch bereit ist, notwendige Konsequenzen zu ziehen. Wenn kein deutsches AKW diese Anforderungen erfüllen kann, müssen alle unverzüglich vom Netz gehen.“

„Die Bundesregierung muss die Maßstäbe offen legen, nach denen sie die Sicherheit der AKW

### LINKE bringt Gesetzentwurf zu CO2-Speicherverbot ein

Wolfgang Nešković, Eva Bulling-Schröter 23.03.2011



„Das Abtrennen und die unterirdische Verklappung von Kohlendioxid ist riskant, teuer und überflüssig.

Darum bringt die LINKE in dieser Woche einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, der die unterirdische Speicherung von CO2 verbieten soll“, erklärt Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Spre-

cherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Umweltausschusses, zur Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzesinitiative in der Fraktionsversammlung.

Bulling-Schröter weiter: „Die Technologie der Abscheidung, des Transports und der unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage – CCS) birgt unverantwortliche Risiken für Mensch und Umwelt. Das Kohlendioxid müsste über zehntausende von Jahren sicher in der Erde verbleiben. Niemand kann heute eine Garantie dafür geben, dass die Sicherheit kommender Generationen gewährleistet werden kann.

Aus diesem Grund hat DIE LINKE einen Gesetzentwurf erarbeitet, nachdem Deutschland von Artikel 4 der EU-CCS-Richtlinie Gebrauch machen soll. Die Speicherung von

CO2 könnte damit für das gesamte Hoheitsgebiet der Bundesrepublik verboten werden.“

Der Lausitzer LINKEN-Abgeordnete Wolfgang Nešković ergänzt angesichts der nach der Katastrophe von Fukushima aufkeimenden Debatte über die verstärkte Nutzung fossiler Rohstoffe: „Die Braunkohle hat keine Zukunft. Daran ändert auch der sich abzeichnende schnellere Atomausstieg nichts. Zudem sind Risikotechnologien wie die CCS-Technik niemals mit letzter Sicherheit beherrschbar.

Niemand weiß, wie sich CCS-Speicherstätten auf Mensch und Umwelt auswirken. Das so genannte Restrisiko hochriskanter Technologien wird regelmäßig unterschätzt. Das gilt nicht nur für die Atomtechnik, sondern auch für CCS.“



## Zum internationalen Tag des Waldes am 21. März

Sabine Stüber 18.03.2011

klärte die Welternährungsorganisa- tion aus dem selben Grund den 21. März zum internationalen Tag des Waldes. Die Wälder sind mit 31 Prozent der weltweiten Landfläche ein uner- setzliches Natur- und Kulturgut. Sie sind von elementarer Bedeu- tung für die globalen Wasser- und Stoffkreisläufe, das Klima und den Erhalt der biologischen Vielfalt. Sie sind aber auch von unschätzbarem Wert für den Menschen als nicht wegzudenkendes Wirtschaftsgut.

„Der Wald wird stärker ausgebeu- tet als er nachwachsen kann. Im Moment scheint unser Bedarf nach dem Rohstoff Holz unersättlich zu sein. Der Druck auf den Wald als Holzlieferant nimmt seit Jahren zu. Der Holzpreis steigt und so ver- kommt Waldwirtschaft zum Den- ken in Festmetern“, sagt die Bun- destagsabgeordnete Sabine Stüber für DIE LINKE.

„Die ganze Welt weiß um die Be- deutung der Wälder, trotzdem verschwinden sie massenhaft. Deshalb ist es so wichtig, das Be- wusstsein der Menschen für ihren Schutz und ihre nachhaltige Bewirt- schaftung zu schärfen.“

Mit dem internationalen Tag der Wälder beginnt eine Kampagne der Aufklärung. In Deutschland betei- ligen sich zahlreiche Akteure aus Bund, Ländern, Verbänden und Wirtschaft, die sich für den Wald als Natur- und Kulturerbe engagie- ren.

Im Wahlkreis von Sabine Stüber liegt der Grumsiner Forst. Er ist mit 600 Hektar der größte zusammen- hängende Tiefland-Buchenwald Europas. Seit 20 Jahren ist dieser Wald Totalreservat und soll, hof- fentlich noch in diesem Jahr, als Weltnaturerbe der UNESCO wer- den.

Die ganze Welt weiß um die Be- deutung der Wälder, trotzdem ver- schwinden sie massenhaft.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum internationalen Jahr der Wälder erklärt. Die öffentliche Aufmerksamkeit soll besonders auf unsere Verantwortung, die wir Menschen für die Wälder haben, gelenkt werden. Ende der Siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts er-



Foto:Micheline\_Faebender\_pxvelio.de

## Bundesregierung stellt Prüfung von Anträgen auf Pachtzinsreduzierung und -stundung bei Hochwasserschäden auf BVVG - Flächen in Aussicht

Kirsten Tackmann 25.03.2011

„Die Bundesregierung weist darauf hin, dass Anträge auf Pachtzinsre- duzierung oder -stundung auf von Hochwasser betroffenen BVVG-Flä- chen als Einzelfall geprüft werden.“ berichtet Dr. Kirsten Tackmann über die gestrige Antwort der Bun- desregierung auf ihre mündliche Frage im Bundestag vom 23. 03. 2011.

Tackmann weiter: „Allerdings hat die Bundesregie- rung keinerlei Kenntnis, welche Flä- chen davon betroffen sind, weil bis- lang keine Anträge vorliegen. Die betroffenen Betriebe sollten jetzt diese Möglichkeit zur Unterstüt- zung dringend nutzen. Die BVVG fordere ich auf, die sehr schwierige Lage in den von Hochwasser und

Binnenhochwasser betroffenen Betriebe zu bedenken und unbüro- kratisch, zügig und kulant Hilfe zu gewähren!“

Die Antwort der Bundesregierung im genauen Wortlaut finden Sie

[HIER](#)



Foto:Achim\_Benkerpxvelio.de

## Bundesregierung sieht keine Grundlagen für Rückabwicklung von Landver- käufen der BVVG infolge erweiterter Alteigentümer-Ansprüche

Kirsten Tackmann 25.03.2011

„Die Bundesregierung hat eine kla- re Antwort gegeben auf die Frage, ob aufgrund von erweiterten Er- werbsansprüchen von Alteigen- tümern nach Inkrafttreten des 2. Flächenerwerbsänderungsgeset- zes möglicherweise die Notwen- digkeit besteht, bereits vollzogene Landverkäufe wieder rückgängig machen zu müssen. Für derartige Rückkäufe gibt es keine Grundla- ge – so die Antwort.“ berichtete Dr.

Kirsten Tackmann (MdB) aus der Fragestunde im Bundestag vom 23.3.2011. Tackmann weiter: „Allerdings bleibt unklar wie hoch der erhöhte Flächenbedarf für Alteigentümer in Folge der neuen Gesetzeslage sein wird. Selbst die BVVG hat in einem Bericht der Bau- ernzeitung aus der 8. Woche 2011 die Frage aufgeworfen, ob mögli- cherweise auf schon privatisierte

Flächen zurückgegriffen werden muss. Nach Vorbehaltsklauseln in den Kaufverträgen wäre das theo- retisch möglich. Nach der aktuellen und eindeutigen Klarstellung der Bundesregierung dürfte das nicht der Fall sein. DIE LINKE wird am Thema weiter dran bleiben.“

Die Antwort der Bundesregierung im genauen Wortlaut finden Sie

[HIER](#)

## Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

Kirsten Tackmann 24.03.2011

Der Equal Pay Day markiert den Tag bis zu dem die Frauen eines Landes arbeiten müssen um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Er wird jährlich berechnet nach einer Formel, die die Arbeitstage in Beziehung mit dem aktuellen statistisch ermittelten Entgeltunterschied in Beziehung setzt.

Tackmann weiter:

„Auch 2010 mussten Frauen drei Monate unentgeltliche Arbeit leisten, wie schon im vergangenen Jahr. Der durchschnittliche Entgeltunterschied zwischen Männern und Frauen beträgt in Deutschland skandalöse 23 Prozent. Damit ist unser Land europäisches Schlusslicht wie übrigens häufiger in Sa-

chen Gleichberechtigung. In den ländlichen Räumen beträgt der Unterschied sogar 30 Prozent.

Die Lohndiskriminierung hat verschiedene Ursachen. Frauen sind häufiger in traditionell schlechter bezahlten Bereichen, wie im Dienstleistungssektor oder in sozialen Berufen beschäftigt. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit - 45 Prozent der erwerbstätigen Frauen, aber nur neun Prozent der Männer waren 2009 in Teilzeit beschäftigt. Frauen in Führungspositionen sind nach wie vor stark unterrepräsentiert - 2010 waren lediglich 3,2 Prozent Frauen in den Vorstandsetagen der 200 größten Unternehmen der Bundesrepublik (ohne Finanzsektor) anzutreffen. Und wenn

sie dort präsent sind, geht die Lohnunterschiedsschere noch weiter auseinander.

In ländlichen Räumen wie Ostprignitz-Ruppin und der Prignitz verstärken sich die ohnehin gravierenden Entgeltunterschiede in existentieller Weise. Hier stellt sich für viele die Frage, ob und wie sie überhaupt von ihrer Arbeit leben können und degradiert die Frage nach der Gleichberechtigung zum Luxusthema.

DIE LINKE fordert konsequentes Vorgehen gegen Entgeltungleichheit! Sie muss gesetzlich gesichert werden. Lohndiskriminierung darf nicht länger ein Kavaliersdelikt sein.“

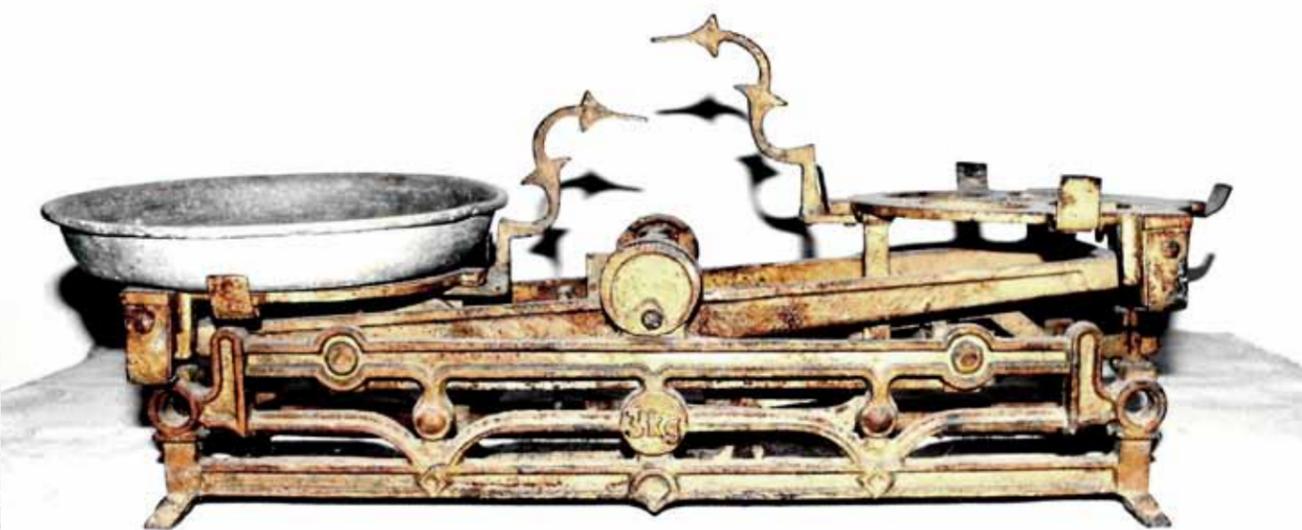


Foto:Adolf-Ries\_pixelfoto.de

## Bienensterben genauer unter die Lupe nehmen

Kirsten Tackmann 22.03.2011



„Das Deutsche Bienenmonitoring kann einen wichtigen Beitrag zur Überwachung der Bienengesundheit leisten. Es muss sich jedoch einerseits der Kritik am wissenschaftlichen Konzept stellen und andererseits seine Zielrichtung auf die Sommerverluste erweitern,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Bienenmonitoring (Bundestagsdrucksache 17/4745 „Das Deutsche Bienenmonitoring“). Tackmann weiter: „In der Varroa-Milbe vermuten viele Imkerinnen und Imker den ärgsten Feind der Biene. Auch die Bieneninstitute und die Bundesregierung sehen das so, wie die Antwort auf meine Kleine Anfrage ergab. Andere Ursachen wie Pflanzenschutzmittel oder artenarme Agrarlandschaften sind aus Sicht der Bundesregierung weniger von Bedeutung.

Das 2004 bis 2009 von der chemischen Industrie mitfinanzierte Bienenmonitoring klammerte bisher

die Wirkung von Pflanzenschutzmitteln als Risikofaktor für die Bienengesundheit aus. Das sei kein Ziel der Untersuchung, sagt die Bundesregierung auch heute. Man könne solche „lokalen Vorkommnisse“ nicht erfassen. Das sehe ich anders! Man muss aus meiner Sicht das Monitoring so qualifizieren, dass die Wirkung solcher Ereignisse auch erfasst werden kann. Denn immer mehr Imkerinnen und Imker berichten von enormen Verlusten ihrer Völker infolge der Verwendung bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel. Daher fordere ich die Bundesregierung auf, das Bienenmonitoring zu erweitern und verstärkt auch Sommerverluste in die Untersuchungsziele aufzunehmen. Für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln muss auch in Zukunft unbedingt das Umweltbundesamt beteiligt werden.

Die aktuelle Kleine Anfrage der Linksfraktion basiert auf der Kritik zweier Wissenschaftler, die Ende Januar die Wissenschaftlichkeit des Bienenmonitorings infrage ge-

stellt hatten. Die Bundesregierung sieht jedoch die Ergebnisse des Bienenmonitorings auf 15 Seiten durchgängig positiv. Auf die teilweise sehr deutliche Kritik der beiden Wissenschaftler geht sie nicht ein.

Ich erwarte, dass im Sinne einer gesunden Umwelt, Landwirtschaft und Imkerei weiterhin intensiv an den aufgeworfenen Fragen zur ganzjährigen Sicherung der Bienengesundheit gearbeitet wird. DIE LINKE unterstützt daher die Finanzierung des Bienenmonitorings aus dem Bundeshaushalt, damit die chemische Industrie nicht wieder direkten Einfluss auf den Projektatrat des Monitorings hat. Um der öffentlichen Kritik sachlich zu begegnen halte ich eine externe Qualitätskontrolle als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den aktiven Imkerinnen und Imkern für sehr sinnvoll. Doch das lehnt Ministerin Aigner leider bisher ab.“

Die Antwort der Bundesregierung finden Sie [HIER](#)

## Scheitern der Waldstrategie hausgemacht

Kirsten Tackmann 21.03.2011

„Drei Jahre hatte Ministerin Ilse Aigner Zeit, sich mit der Waldstrategie 2020 zu befassen. Doch anstatt eine konzeptionelle und nachhaltige Strategie vorzulegen, verzettelt sie sich in internen Interessenskonflikten.“, kommentiert Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, das hausgemachte Scheitern der Waldstrategie 2020. Die Präsentation war für den 21. März anlässlich der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Wälder vorgesehen.

Tackmann weiter:

„Der zunächst vorgelegte Entwurf der Waldstrategie 2020 war untauglich, daher ist Aigners Notbremse folgerichtig. Ihr Haus legte

vor allem Wert auf den Wald als Rohstofflager und ließ dabei Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes links liegen. Das gab Streit zwischen dem Umwelt- und dem Agrarressort. Und wo ein Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und gemeinwohlorientierten Interessen am Wald notwendig wäre, gibt bisher vor allem die Holzindustrie den Ton an.

DIE LINKE fordert von der Bundesregierung den Entwurf zügig zu überarbeiten und schnellstmöglich eine zukunftsfähige Waldstrategie 2020 vorzulegen. Diese muss alle ökologischen, sozialen und ökonomischen Anforderungen an den Wald unter einen Hut bringen. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze

müssen ein guter Kompromiss, anstatt nur einseitig auf die Holzwirtschaft zugeschnitten zu sein. Zum Beispiel brauchen wir gut bezahlte und ausgebildete Forstleute, angepasste Wilddichten, einen konsequenten Waldumbau und Waldflächen mit natürlicher Entwicklung.

Wir wollen die wirklich nachhaltige Bewirtschaftung aller Wälder im Interesse des Gemeinwohls. Dazu sind auf Bundesebene sowohl das Bundeswaldgesetz, als auch das Bundesjagdgesetz einer Generalüberholung zu unterziehen. Privatwaldbesitzer müssen ihren Beitrag leisten, aber auch unterstützt werden. Privatisierung von öffentlichem Waldeigentum lehnen wir ab.“

## Bundesregierung verweigert Auskunft zur Gentechnik-Nulltoleranz

Kirsten Tackmann 17.03.2011

„Die Bundesregierung verweigert die Aussage über die Gentechnik-Nulltoleranz. Ich wollte in der gestrigen Fragestunden wissen, wie sich Ministerin Aigner zu den heiß debattierten Vorschlägen auf der Tagesordnung des Bundesrates positioniert“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Antwort der Bundesregierung auf eine mündliche Anfrage zur Nulltoleranz gegenüber in der EU nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen.

Tackmann weiter:

„Morgen entscheiden die Bundesländer im Bundesrat über die Zukunft der gentechnikfreien Land-

wirtschaft. Drei schwarz-gelbe Länder fordern eine praktikable technische Lösung für die Nulltoleranz beim Saatgut. Hinter diesem Wortungetüm vermuten Gentechnikgegner eine Attacke auf die Nulltoleranz. Daher wollte ich von der Bundesregierung wissen, was die denn darunter versteht. Doch anstatt mir eine sachliche Antwort zu geben, wich mir Staatssekretär Gerd Müller aus und verweigerte eine klare Aussage.

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Ich fordere von den Bundesländern sich morgen im Bundesrat für die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei einzusetzen.

Am Prinzip der Nulltoleranz muss festgehalten werden, anstatt die Agro-Gentechnik durch die Hintertür weiter voran zu treiben.“

Die Antwort der Bundesregierung auf die mündliche Anfrage finden Sie [HIER](#)



Foto: Rainer Sturm pixelfoto.de

# Anträge, Anfragen & Initiativen

23.03.2011 ▼

[ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5206](#)

### Schutz vor militärischem Fluglärm

Es geht bei diesem Antrag um die Einführung eines verbindlichen Nachtflugverbots für US-Militärflugplätze zum Zwecke des Schutzes und der Entlastung von fluglärmgeschädigten Anwohnern in den jeweiligen Regionen.

[ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5177](#)

### Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial gestalten

Im vorliegenden Antrag werden - neben der zentralen Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn - weitere flankierende Maßnahmen gefordert, die notwendig sind, um die Arbeitnehmerfreizügigkeit aus Sicht der Beschäftigten sozial auszugestalten. Hierzu zählen die Einrichtung von Beratungsstellen für entsandte Beschäftigte, die statistische Erfassung von Entsende-Arbeit, die wissenschaftliche Begleitung der anstehenden Entwicklungen sowie eine Revision der Entsende-richtlinie.

[ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5176](#)

### Stopp der Überwachung des libyschen Luftraums durch AWACS-Luftfahrzeuge

Angehörige der Bundeswehr beteiligen sich ohne gültiges Mandat an der Überwachung des libyschen Luftraums mit AWACS-Flugzeugen. Entsprechend des Parlamentsbeteiligungsgesetzes und eines Präzedenzurteils des Bundesverfassungsgerichtes muss davor jedoch der Bundestag befasst werden. Der AWACS-Einsatz könnte zudem ein Einstieg in eine militärische Intervention und damit Eskalation der Situation in Libyen sein.

[ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5175](#)

### Beachtung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes bei dem Evakuierungseinsatz in Libyen

Indem die Bundesregierung dem Bundestag kein Mandat vorlegt zur nachträglichen Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Einheiten der Bundeswehr zur Evakuierung von Menschen aus Libyen verstößt sie gegen die Bestimmungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dies unverzüglich zu korrigieren und eine entsprechendes Mandat vorzulegen.

# Anträge, Anfragen & Initiativen

23.02.2011 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5174](#)

## Sanktionen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und Leistungseinschränkungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch abschaffen

Sanktionen in der Grundsicherung sind abzuschaffen. Sanktionen in der Grundsicherung bedeuten eine verfassungswidrige Unterschreitung des menschenwürdigen Existenzminimums. Sanktionen verstärken die Existenznot bei den Leistungsberechtigten. Sie untergraben ihre Würde und machen sie zu Objekten der staatlichen Bürokratie. Sanktionen machen wehrlos gegenüber den Zumutungen ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5173](#)

## Libyen-Krieg sofort beenden

Bundesregierung soll für die Beendigung des Kriegskurses eintreten, die Initiative für eine politische Lösung ergreifen und von mittelbarer Unterstützung des Krieges absehen

18.02.2011 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/5119](#)

## Ergebnisoffene Prüfung der Fallpauschalen (DRGs) in Krankenhäusern

Die Betriebskosten der Krankenhäuser werden ihnen über das System der DRGs (Fallpauschalen) vergütet. Diese wurden 2003 bis 2005 eingeführt. Es gab den gesetzlichen Auftrag einer Begleitforschung, die mit fünf Jahren Verzögerung anlief, aber keine politisch verwertbaren Ergebnisse aufdecken (kann). Genau dies muss aber eine sinnvolle Begleitforschung leisten. Eine solche Forschung fordert der Antrag.

18.02.2011 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. Drucksache Nr. 17/5055](#)

## Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei massiv beschränken

Beim Einsatz von Pfefferspray kommt es immer wieder zu schweren Verletzungen und im Zusammenwirken mit anderen Ursachen sogar zu Todesfällen. Der Einsatz von Pfefferspray hat in den letzten Jahren massiv zugenommen, weil es von Vollzugsbeamten als Mittel zur Durchsetzung polizeilicher Maßnahmen eingesetzt wird. Der massive Einsatz von Pfefferspray bei den Stuttgart21-Protesten hat viele Menschen schockiert. Der Antrag fordert eine weitgehende Einschränkung des Pfeffersprayeinsatzes.

23.03.2011 ▼

▶ [GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/5232](#)

## Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Speicherung von Kohlendioxid in den Untergrund des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland (CO2-Speicher-Verbotsgesetz – CSpVG)

Seit einigen Jahren wird weltweit als zusätzliche Option zur Begrenzung der Erderwärmung die Abscheidung, der Transport und die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen diskutiert (engl. Carbon Capture and Storage – CCS). Die Abscheidungstechnologien befinden sich derzeit noch in einem frühen Entwicklungsstadium, die dauerhafte Speicherung ist weitgehend unerforscht.

21.03.2011 ▼

▶ [GESETZENTWURF – DRUCKSACHE NR. 17/5118](#)

## Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Um jede Unsicherheit im Zusammenhang mit der kollektiven Interessenvertretung von Beschäftigten der MdB der Fraktion zu verhindern, soll klargestellt werden, dass die durch einen Betriebsrat entstehenden Kosten als Teil der Aufwendungen der MdB für die Beschäftigten ersetzt werden.

23.03.2011 ▼

▶ [GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5106](#)

## Rente erst ab 67 – Gefahr für Jung und Alt

Zum 1. Januar 2012 beginnt die Rente erst ab 67. Mit der Großen Anfrage soll noch einmal verdeutlicht werden, dass diese Politik unsozial und unnötig ist. Hauptaugenmerk der Großen Anfrage liegt daher auf den Problemen älterer und jüngerer Beschäftigter im Arbeitsmarkt unterzukommen sowie auf der Qualität der Arbeit. Daneben ist ein weiterer Schwerpunkt die wirtschaftliche Situation älterer und der Übergang in die Rente.

▶ [GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5069](#)

## Hilfe und Unterstützung für alle Opfer von häuslicher Gewalt nach dem Gewaltschutzgesetz

Das Gewaltschutzgesetz trat 2001 in Kraft. Eine Evaluierung erfolgte im Prozeß der Implementierung, aber nicht mehr danach. Gefragt wird nach den verschiedenen Aspekten des Gewaltschutzgesetzes, von der Arbeit der Polizei, den Auswirkungen auf das Sorge- und Umgangsrecht bei Gewaltbeziehungen, der Situation der Schutz- und Hilfeeinrichtungen bis hin zur Täterarbeit und einer Verbesserung der Strafverfahren. Ziel ist eine umfassende Evaluierung des Gewaltschutzgesetzes

# Anträge, Anfragen & Initiativen

23.03.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5114](#)

## Lobbyismus bei Beschaffungsprojekten des Innenministeriums

Der Bund der Kriminalisten (BDK) hat mit Firmen, z.B. mit der Softwarefirma rola so genannte Sicherheitspartnerschaften abgeschlossen und erhält dafür Geldzahlungen. Der BDK bewirbt Produkte von rola. Mitglieder des BDK sind möglicherweise in die Beschaffung von Sicherheitssoftware für Bund und Länder involviert. Die KA soll eine mögliche Beeinflussung von Beschaffungen der Innenministerien erfragen. Beschaffungen im Innenministerium werden häufig ohne offenen Ausschreibungen durchgeführt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5113](#)

## Einführung eines Polizeilichen Informations- und Analyseverbundes (PIAV)

Die Einführung des gemeinsamen Polizeilichen Informations- und Analyseverbundes (PIAV) von Bund und Ländern wird weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Beschaffungen des Bundesinnenministeriums werden oft ohne offene Ausschreibungen durchgeführt. Bei (PIAV) bestehen erhebliche Zweifel, dass datenschutzrechtliche Vorschriften eingehalten werden. Mit der KA werden haushalterische, ausschreibungsrechtliche und datenschutzrechtliche Aspekte der Einführung von PIAV abgefragt.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5074](#)

## Bemühungen der Bundesregierung um einen im US-amerikanischen Militärgefängnis Bagram (Afghanistan) inhaftierten deutschen Staatsangehörigen

Die Kleine Anfrage erkundigt sich nach den Umständen, die zur Inhaftierung eines Deutschen im Militärgefängnis Bagram geführt haben sowie nach den konsularischen Bemühungen der Bundesregierung um diesen Deutschen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5073](#)

## Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie stärken“

Die 2010 ausgelaufenen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus sind 2011 in veränderteter Form neu aufgelegt und um ein weiteres Programm zu den Themen „Linksextremismus“ und Islamismus erweitert worden. Mit der Anfrage soll erhoben werden, welche Projekte in welchen Bundesländern den Zuschlag für dieses Programm erhalten haben, bzw. abgelehnt wurden. Außerdem wollen wir von der Bundesregierung wissen, wie die umstrittene Extremismusklausel von den Projekten gehandhabt wurde.

23.03.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5072](#)

## Umsetzung des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“

Die 2010 ausgelaufenen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus sind 2011 in veränderteter Form neu aufgelegt worden. Mit der Anfrage soll erhoben werden, welche Projekte in welchen Bundesländern den Zuschlag erhalten haben, bzw. abgelehnt wurden. Außerdem wollen wir von der Bundesregierung wissen, wie die umstrittene Extremismusklausel von den Projekten gehandhabt wurde.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5071](#)

## Umsetzung des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Neben den bisherigen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus gibt es seit 2009 ein weiteres Programm zur Stärkung kommunaler Demokratie, das im BMI angesiedelt ist. Mit der Anfrage soll erhoben werden, welche Projekte in welchen Bundesländern den Zuschlag für dieses Programm erhalten haben, bzw. abgelehnt wurden. Außerdem wollen wir von der Bundesregierung wissen, wie die umstrittene Extremismusklausel von den Projekten gehandhabt wurde.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5070](#)

## Verwendung der Regionalisierungsmittel durch die Bundesländer

DIE LINKE will das Angebot des öffentlichen Verkehrs kontinuierlich verbessern. Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und keine Spielwiese für den Wettbewerb. Wir lehnen Ausschreibungen im Nahverkehr auf Straße und Schiene ab. Soziale und ökologische Standards müssen im Nahverkehr verbindlich werden. Deswegen muss der Bund den Ländern dauerhaft ausreichende Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stellen.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5032](#)

## Gefährdung des Mittelmoseltals durch das Verkehrsprojekt B50neu

Die im Zuge der Planungen der Bundesstraße B 50 neu geplante Brücke über die Hochmosel ist eines der umstrittensten und fragwürdigsten Straßenbauprojekte. Es drohen erhebliche Beeinträchtigungen auch für den Weinanbau.

17.03.2011 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/5031](#)

## Fehler bei der Ausstellung von elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen 2010

Aufgrund von unklaren Verwaltungsanweisungen sind in den elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen für 2010 bei vielen freiwillig gesetzlich kranken- und pflegeversicherten Arbeitnehmern falsche Beitragswerte ausgewiesen worden. Zwar erklärt die Bundesregierung mittlerweile, dass die Fehleintragungen maschinell korrigiert würden, dennoch sind betroffene Steuerpflichtige verunsichert. DIE LINKE befragt die Bundesregierung zu Ursachen, Folgen und Korrekturverfahren dieses Ausstellungsfehlers.

## LINKE begrüßt das Ende der bisherigen Absatzfonds, will aber mehr regionale Absatzförderung

Kirsten Tackmann 24.03.2011



Rede zu ProtokollTOP 17. Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Auflösung und Abwicklung der Anstalt Absatzförderungsfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft und der Anstalt Absatzförderungsfonds der deutschen Forst- und Holzwirtschaft > Drucksache 17/4558 <Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) > Drucksache 17/... <

„Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die verfassungswidrig finanzierten Absatz- und Holzabsatzfonds endgültig beendet. Das ist gut so. Als LINKE haben wir die breite inhaltliche Kritik an der „Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft“ (CMA) unterstützt. Auch die Erhebung der Zwangsabgabe zur Finanzierung von oft mehr als peinlichen Werbekampagnen, die vielen Landwirtinnen und Landwirten jahrelang Zornesröte ins Gesicht trieb, haben wir schon länger für verfassungswidrig gehalten.

weiterlesen [HIER](#)

## LINKE für nachhaltige und langfristige Fischereipolitik

Kirsten Tackmann 17.03.2011

TOP 21: Beratung BeschlEmpf u Ber (10.A) zum Antrag SPD „Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik zum Erfolg führen“ & zum Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Chancen der EU-Fischereireform 2013 nutzen und Gemeinsame Fischereipolitik grundlegend reformieren“- Drs 17/3179,17/3209, 17/3957

Bei der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) sind wir uns zwischen den Fraktionen im Bundestag in vielen grundsätzlichen Fragen einig. Wir wollen zum Beispiel gemeinsam, dass nicht mehr Fisch gefangen werden darf als im selben Zeitraum „nachwächst“. Das ist ja auch logisch und quasi die alte Försterregel zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes – übertragen auf das Meer.

weiterlesen [HIER](#)



# Kontakt



### Sabine Stüber



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72138  
Telefax: (030) 227-76138  
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46  
16225 Eberswalde  
Telefon: (03334) 385155  
Telefax: (03334) 385156  
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: (03984) 8621862  
Telefax: (03984) 8621863  
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

### Thomas Nord



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72675  
Telefax: (030) 227-76675  
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: (0335) 869 508 31  
Telefax: (0335) 869 508 32  
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

#### Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG  
15517 Fürstenwalde/Spree  
Telefon: (03361) 34 26 18  
Telefax: (03361) 34 26 24  
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de



### Diana Golze



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72329  
Telefax: (030) 227-76329  
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow  
Telefon: (03385) 494521  
Telefax: (03385) 494522  
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

#### Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53  
14806 Belzig  
Telefon: (033841) 32547  
Telefax: (033841) 43880  
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

#### Bürgerbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2  
14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon: (03381) 211789  
Telefax: (03381) 229961  
E-Mail: brb@diana-golze.de

#### Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62  
14913 Jüterbog  
Telefon: (03372) 432691  
Telefax: (03372) 432691

### Wolfgang Nešković



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72065  
Telefax: (030) 227-76468  
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114  
03046 Cottbus  
Telefon: (0355) 7842350  
Telefax: (0355) 7842351  
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

### Dr. Dagmar Enkelmann



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-78220  
Telefax: (030) 227-76219  
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17  
16321 Bernau b. Berlin  
Telefon: (03338) 459-543  
Telefax: (03338) 459-549  
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung  
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

#### Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8  
15344 Strausberg  
Telefon: (03341) 303-984  
Telefax: (03341) 303-985  
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

### Dr. Kirsten Tackmann



#### Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-74308  
Telefax: (030) 227-76308  
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

#### Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1  
16866 Kyritz  
Telefon: (033971) 32-857  
Telefax: (033971) 32-893  
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

#### Büro Perleberg

Bäckerstraße 21  
19348 Perleberg  
perleberg@kirsten-tackmann.de

#### Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3  
14469 Potsdam  
Telefon: (0331) 20009-0  
Telefax: (0331) 20009-10  
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum  
komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!  
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 08.04.2011



## Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg  
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)